

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 6

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

passung folgt harmonischen und stetigen Kurven, die nie durch plötzlichen Richtungswechsel und Traditionsbrüche unterbrochen sind, auf die Frankreich seit 1789 so erpicht ist. Es ist gewiß, daß die Briten ihre Einrichtungen noch immer ändern werden. Es ist aber ebenso gewiß, daß sie es mit Klugheit tun werden.

Man kann dieser Methode die Verzögerung der Anpassung an die Ereignisse und ihren Imperativ vorwerfen. Man kann jedoch nicht leugnen, daß der Wert der Vergangenheit noch wichtiger ist als das zeitweilige Mißverhältnis der Einrichtungen, die übrigens weniger schwer lasten als die irgend-einer Demokratie. Das britische Geheimnis ist, daß man nichts auf Sand baut, daß jeder institutionelle Bau auf einer langen Ueberlieferung ruhen muß, die den neuen Bauten Form und Leben gibt.

Die parlamentarische Regierung als Sitte

Außerdem sind viele Einrichtungen in Großbritannien lebensfähig, weil die Gesamtheit der Nation in einem Minimum übereinstimmt: *Treue gegenüber der parlamentarischen Demokratie*, deren Wachstum und Gesundheit diejenigen des Landes sind. Die Arbeiter, die sich der Werkzeuge bedienen, welche die Institutionen sind, bedienen sich ihrer nie gegen das System. *Die parlamentarische Regierung ist in die Sitten eingegangen*. Kein Brite, welcher sozialen Klasse er angehöre, bezweifelt dies je. Das System ist selbstverständlich; das Leben ist ohne es nicht zu begreifen. *Seine Aufhebung wäre ein Selbstmord*. Elie Halévy hat diese Wirklichkeit auf eine ausdrucksvolle Weise formuliert: «*Das britische Volk ist ein Volk, das den Parlamentarismus im Blute hat.*»

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Seltsame Dinge geschehen in der Schweiz, die doch so gerne als kleines Musterland hingestellt wird, nicht zuletzt von den Schweizern selber. Da ist es zum Beispiel der Bundesanwaltschaft gelungen, einen Film «abzuklemmen», der ihr, vor allem aber Frankreich und den übrigen NATO-Staaten, nicht ins Konzept paßte, da er — übrigens ausgezeichnet — das Problem der Kriegsdienstverweigerung behandelt. Dieser Film, so sagte die Bundesanwaltschaft, die sich schon einmal beim Verbot des Films «Wege zum Ruhm» sehr beliebt gemacht hatte, sei vor allem vor der Abstimmung über

die Atominitiative nicht opportun. Ein Verbot von «Tu ne tueras pas» wurde nicht ausgesprochen, die Filmverleiher krochen auch sonst zu Kreuze. Andere merkwürdige Dinge hört man aus dem Militärdepartement. In einer Kleinen Anfrage erkundigte sich ein wachsamer Parlamentarier, ob es wirklich stimme, daß die eidgenössische Konstruktionswerkstätte in Thun oft Arbeiten an Private abtrete und dann von diesen Privaten die Aufträge wieder erhalte und sie — mangels Bundesaufträgen — ausführe! Der Bundesrat bestätigte diesen Sachverhalt und fügte bei, er könne an dieser Praxis nichts Anomales finden . . . Angesichts dieser Erledigung von Rüstungsaufträgen ist es auch nicht mehr schleierhaft, weshalb die Finanzdelegation über die KTA üble Dinge zu berichten wußte. Ein Beispiel mag genügen: Funktionäre der KTA kauften im Ausland für gute Schweizer Franken militärische Geräte ein, die nicht funktionierten. Sie wurden — nicht ohne große Kosten — repariert, funktionierten auch dann nicht und wurden darauf verschrottet. Nun endlich wird die KTA umorganisiert; ihr Chef, Oberstbrigadier von Wattenwyl, wurde vorzeitig pensioniert, da er sich mit der Umorganisation nicht einverstanden erklären kann.

Wen mag es da wundern, daß die geltende Bundesfinanzreform einfach um zehn Jahre verlängert wird, da es scheinbar nicht möglich ist, eine bessere zu schaffen, die allen Beteiligten paßt? Vom Bundesrat hörte man auch, daß jährlich in der Schweiz etwa 20 Milliarden Franken der Besteuerung vorenthalten werden und so jährlich ungefähr 270 bis 350 Millionen Franken Steuererträge verloren gehen. Alle Berufsschichten hinterzögen Steuern, stellte der Bundesrat fest! Allgemein wurde aber zugegeben, daß sich eine neue Besteuerung der Liegenschaften aufdränge, denn hier können auf legale Weise Steuern hinterzogen werden.

Anfangs Juni veröffentlichte der Bundesrat den neuen Milchbeschuß, den wohl — wie das ganze Landwirtschaftsgesetz überhaupt — nur noch wenige Leute richtig verstehen. Fest steht auf alle Fälle, daß dieser Beschuß uns pro Jahr über 100 Millionen Franken an Bundesgeldern kosten wird. Eine Milchpreisdifferenzierung zwischen Silo- und normaler Milch wird wieder nicht durchgeführt.

Trotz der starken Ablehnung der Taggelderhöhung der Nationalräte versammelte sich die Bundesversammlung ohne Murren zur Juni-Session. Im Ständerat wurde das Landwirtschaftsproblem behandelt, wo Bundesrat Schaffner erklärte, rund 2 Prozent der Bauern verdienten ungefähr 34 Prozent über dem Paritätslohn. Diese Großverdiener sind die Großbauern. Je kleiner das Bauerngut, desto kleiner sind die Einnahmen. Wer unter 10 ha Land hat (die überwiegende Mehrheit der Bauern) hinkt bedenklich hinter dem Paritätslohn her. Der Ständerat stimmte auch dem Kartellgesetz zu, das lediglich eine Regelung des Mißbrauchs der Kartelle und der kartellähnlichen

Gebilde darstellt und weder den Vorschriften der EFTA noch der EWG konform ist. Aber was schadet das? Man kann es ja dann immer noch revidieren. Bundesrat Schaffner erklärte überdies, das Kartellgesetz bedeute keinen Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit. Da kann man nur noch schüchtern fragen, wo denn die wirtschaftliche Freiheit angesichts der Durchkartellisierung unserer Wirtschaft bleibt?

Es scheint, daß der Nationalrat mit der Bearbeitung des Arbeitsgesetzes nicht fertig wird. Die Rückkommensanträge werden wieder der Kommission überwiesen werden.

Der Bundesrat veröffentlichte anfangs Juni eine Botschaft, in der er mitteilte, die Eidgenossenschaft werde sich — obwohl sie nicht Mitglied der UNO sei — an der UNO-Anleihe mit 8 Millionen Franken beteiligen. Dieser Schritt — so begrüßenswert er auch ist — wird im Schweizerland keine großen Sympathien erwecken.

Stellten wir in der letzten innenpolitischen Chronik fest, daß alt Bundesrat Petitpierre neben einigen Verwaltungsratssitzen Verwaltungsratspräsident der Nestlé AG, der Ebauches AG und der Ciment Portland Neuchâtel geworden sei, so ist nun noch nachzutragen, daß er nunmehr auch in den Verwaltungsrat der Schweizerischen Rückversicherungsanstalt eingetreten ist . . .

Außenpolitik

In regelmäßigen Abständen machen die Amerikaner ihre unter- und oberirdischen Atomversuche. Mitte Juni ist man beim 34. unterirdischen und beim 18. Versuch in der Atmosphäre angelangt. Mit der Zeit gewöhnt man sich an diese Meldungen . . . Der erste Versuch der Amerikaner, außerhalb der Atmosphäre eine Atomexplosion zu veranlassen, scheiterte. Bald nach dem Start verloren die Bodenorgane den Kontakt mit der Rakete, die darauf sofort gesprengt wurde. Sie fiel, wie die amerikanischen Behörden mitteilten, samt der zerstörten Bombe ins Wasser, «ohne gefährliche Folgen zu verursachen». Mit etlichem Bangen denkt man daran, was dann passiert wäre, wenn die Rakete nicht mehr hätte gesprengt werden können. Mitte Juni bereiten die Amerikaner ihren zweiten Versuch außerhalb der Atmosphäre vor. Als kaum sehr willkommene Gäste beobachten vier russische Schiffe in der Nähe der Versuchsstätte die Arbeit der Amerikaner. UNO-Generalsekretär U Thant bezeichnete die neuesten Versuche der Amerikaner als noch unerwünschter als die gewöhnlichen. In der Tat sind diese Versuche, die die Funkverbindungen über 32 Stunden stören sollen und die die Strahlungsgürtel um die Erde verletzen werden, nicht notwendig. Man wird auch nicht geltend machen können, es gelte mit den Russen gleichzuziehen. Hier haben die Amerikaner unbestreitbar die Priorität.

Am 28. Mai erlebte die Börse in Wallstreet ihren schwarzen Tag; die Kurse fielen auf einen sehr tiefen Stand, zögernd erholten sie sich in den folgenden Tagen wieder, um am 13. Juni auf einen noch tieferen Stand abzusinken. Alle Börsen der westlichen Welt wurden von diesen Schwächezeichen alarmiert und fielen getreulich auf vorher nie für möglich gehaltene Tiefstkurse. Allenthalben begann nun die Suche nach dem Sündenbock. In der europäischen Wirtschaft kann man den Grund nicht finden, weil sie — wenigstens vorläufig noch — relativ gesund ist, das heißt die Wachstumsrate ist immer noch recht hoch (wenn sich auch eine Verlangsamung abzeichnet), und die Gewinne sind sehr gut. Amerikas Wirtschaft aber steht schlechter da: nach wie vor besteht große Arbeitslosigkeit und ungenügende Ausnützung der Kapazität. Niemand sieht dies wohl klarer als Präsident Kennedy, der sich verzweifelt bemüht, die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Allerdings weiß man vorläufig noch nicht, wie das geschehen soll. Man spricht von Steuersenkungen und einer Steuerreform, und man will vor allem der Ursache der Wirtschaftsflaute nachspüren. Ob man wohl auf die Idee kommen wird, daß dies am kapitalistischen System liegen könnte?

In Laos ist endlich eine Koalitionsregierung unter Souvanna Phouma als Ministerpräsident zustande gekommen. Sowohl Chruschtschew wie Kennedy haben ihrer Genugtuung darüber Ausdruck gegeben. Es wird sich nun zeigen, wie diese Regierung funktionieren wird. In Israel ist am 1. Juni der von einem israelischen Sondertrupp im April 1960 in Argentinien verhaftete Henker von unzähligen Juden hingerichtet worden, nachdem sein Begnadigungsgesuch abgelehnt worden war. Der Prozeß ließ nochmals die Leidengeschichte des jüdischen Volkes während der Nazizeit aufleben. Allerdings nicht so deutlich, wie man es sich vielleicht hätte vorstellen können. Israel steht wirtschaftlich nicht auf besonders starken Füßen und mußte auf seinen nicht unwichtigen Handelspartner, die Deutsche Bundesrepublik, einige Rücksicht nehmen.

Täglich flüchten mehr Europäer aus Algerien nach Europa. Die OAS versucht — nachdem direkte Kontakte mit dem FLN gescheitert sind — mit der Taktik der verbrannten Erde sich als Verhandlungspartner aufzudrängen. Es scheint aber, daß dies nicht gelingen will. Anfangs Juli werden die Bewohner von Algerien über ihr zukünftiges Schicksal abstimmen. Das Haupt der OAS, Ex-General Salan, wurde von einem Pariser Militärgericht dank Zubilligung mildernder Umstände zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, während nur kurze Zeit davor sein Untergebener, Ex-General Jouhaud, zum Tode verurteilt worden war. General de Gaulle löste voller Zorn die Militärsondergerichte auf. Französische Demokratie... Man erhofft in Frankreich die Begnadigung Jouhauds, dies um so mehr, als er in einem sehr gut publizierten Brief die OAS aufforderte, mit ihrem Widerstand aufzuhören.

In Spanien flauten anfangs Juni die Streikbewegungen ab, nachdem den Streikenden Lohnerhöhungen zugestanden worden waren (die allerdings durch die Teuerung schon wieder illusorisch wurden). Dann aber griff Franco mit brutaler Gewalt durch und ließ Hunderte von Streikführern verhaften. Überdies wurde die Niederlassungsfreiheit in Spanien aufgehoben, und bürgerliche Oppositionelle, die an einem Kongreß in München teilgenommen hatten, wurden vor die Wahl gestellt, entweder ins Exil zu gehen oder sich einen Zwangsaufenthalt zuweisen zu lassen. Genau wie Franco, versucht auch Salazar mit Terrormaßnahmen seinen wankenden Sitz zu retten. In Südafrika, einem weiteren dunklen Punkt im Westen, wurde ein Professor an der Universität in Pretoria wegen Ketzerei verurteilt und seiner Würde als Geistlicher enthoben, da er der Auffassung ist, Apartheid und Christentum seien nicht miteinander vereinbar. Außerdem hat Südafrika die große Chance, ein «Sabotagegesetz» zu erhalten, das strenge Maßnahmen gegen die Kommunisten vorsieht. Wer angeklagt wird, muß beweisen, daß er kein Kommunist ist . . .

Die Landwirtschaft macht den Ostblockländern immer noch große Schwierigkeiten. Um dem Mangel an Fleisch und Butter abzuhelfen, erhöhte die Sowjetunion deren Preise um 25 bis 30 Prozent. Chruschtschew gab zu, daß Fehler in der Preis- und Lohngestaltung gemacht worden waren. Mit den Mehrerträgen könne nun aber die Landwirtschaft ihre Produktivität erhöhen, erklärte er. Man wird es sehen . . .

Deutschland scheint eher unruhigen Zeiten entgegenzugehen. Die ständig wachsenden Lohnforderungen der Arbeitnehmer erregen Arbeitgeber und Bund sehr. Man fordert zum Maßhalten auf — natürlich bei den Löhnen. Überdies hört man, daß in der Bundesrepublik Pläne umgehen — trotz den nicht eben guten Erfahrungen —, nach der Preußag und den VW-Werken nun auch die VIAG zu reprivilisieren; man will damit «das Eigentum breit streuen», wie es so schön heißt. Die VIAG ist die organische Zusammenfassung aller großen Stromerzeuger und -verbraucher, Aluminiumhütten, Kupfer- und Messingwerke inbegriffen. Von den Unruhen in der Bundesrepublik waren allerdings an den Parteitagen der FDP, der SPD und der CDU/CSU nicht viel zu merken. Im allgemeinen herrschte dort große Einigkeit, mit Ausnahme vielleicht der CDU/CSU: Adenauer konnte sich nochmals an der Spitze halten, mußte es allerdings zulassen, daß ihm ein geschäftsführender Vorsitzender (Dufhues) beigesellt wurde. Die SPD konnte eine kritische Diskussion über die kommende Notstandsgesetzgebung dadurch verhüten, indem sie — wie man dem «Spiegel» entnehmen kann — den CSU-Innenminister Höcherl bat, den bereits fertigen Gesetzesentwurf erst nach dem Parteitag zu veröffentlichen . . .